

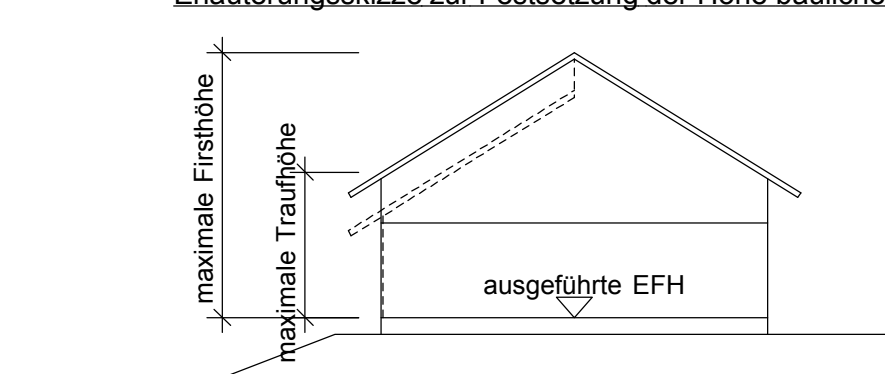
ZEICHENERKLÄRUNG

- 1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
- 2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und Abs. 3 BauGB, §§ 16, 17 und 18 BauNVO
- 2.1 0,4 maximal zulässige Grundflächenzahl  
2.2 Erdgeschossfußbodenhöhe  
2.3 TH = 5,50m maximale Traufhöhe (siehe textliche Festsetzungen)  
2.4 FH = 8,00m maximale Firsthöhe (siehe textliche Festsetzungen)  
2.5 Abgrenzung unterschiedlicher Maße der Nutzung  
2.6 Füllschema der Nutzungsschablone
- Art der baulichen Nutzung  
Grundflächenzahl (GRZ) --  
Bauweise Dachform / Dachneigung (SD= Satteldach)
- 3. BAUWEISE, ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKS-FLÄCHEN, STELLUNG BAULICHER ANLAGEN**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und §§ 22, 23 BauNVO
- 3.1 offene Bauweise, nur Einzelhäuser zulässig  
3.2 Baugrenze
- 4. FLÄCHEN FÜR GARAGEN UND ÜBERDACHTE STELLPLÄTZE**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB
- 4.1 Ga Flächen für Garagen und überdachte Stellplätze (Carports)
- 5. VERKEHRSFLÄCHEN SOWIE VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
- 5.1 Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung: Anliegerweg  
5.2 Fußweg  
5.3 unbefestigter Wirtschaftsweg  
5.4 Grünfläche als Bestandteil von Verkehrsanlagen
- 6. FLÄCHE FÜR VERSORGENS-ANLAGEN**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB
- 6.1 Fläche für die Stromversorgung: geplanter Standort für Umspannstation
- 7. HAUPTVERSORGUNGSLEITUNGEN**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB
- 7.1 geplantes Niederspannungskabel der EnBW Regional AG  
7.2 bestehendes Niederspannungskabel der EnBW Regional AG (Lage nachrichtlich), Verlegung erforderlich  
7.3 bestehendes 20 kV-Kabel der EnBW Regional AG (Lage nachrichtlich)  
7.4 geplantes Telekom-Kabel  
7.5 bestehendes Telekom-Kabel (Lage nachrichtlich)  
7.6 geplante Versorgungsleitung der Gasversorgung Unterland GmbH
- 8. GRÜNFLÄCHEN**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB
- 8.1 Private Grünfläche: Streuobstwiese  
8.2 Private Grünfläche: Gartenanlage  
8.3 Öffentliche Grünfläche: Ausgleichsfläche
- 9. FLÄCHEN UND MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR U. LANDSCHAFT**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
- 9.1 Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur u. Landschaft sowie zum Ausgleich gemäß § 9 Abs. 1a BauGB  
9.2 Ausgleichsmaßnahme (siehe textliche Festsetzungen unter Ziff. 8.1)
- 10. MIT LEITUNGSRECHT ZU BELASTENDE FLÄCHEN**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB
- 10.1 Leitungsrecht zugunsten der EnBW Regional AG  
10.2 Leitungsrecht zugunsten der Gasversorgung Unterland GmbH  
10.3 Leitungsrecht zugunsten der Deutschen Telekom AG
- 11. ANPFLANZUNGEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB
- 11.1 Standort für das Anpflanzen von Bäumen
- 12. BINDUNGEN FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB
- 12.1 Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern

- 13. SONSTIGE NACHRICHTLICH ÜBERNOMMENE HINWEISE**  
§ 9 Abs. 6 BauGB
- 13.1 Nach § 32 NatSchG besonders geschütztes Biotop  
13.2 Grenze Landschaftsschutzgebiet
- 14. GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES**  
§ 9 Abs. 7 BauGB
- 14.1 Grenze des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- 15. SONSTIGE PLANZEICHEN**
- 15.1 geplante Neuparzellierung (unverbindlich)  
15.2 bestehende Böschungen  
15.3 geplante Böschungen  
15.4 bestehende Bäume  
15.5 Höhenlinien gemäß Bestandsvermessung (Abstand 1 m)  
15.6 bestehende Flurstücksgrenzen  
15.7 bestehende Gebäude  
15.8 Bewerteter Immissionspunkt

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

- 1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
- 1.1 ALLGEMEINES WOHNGEbiet § 4 BauNVO
- 1.1.1 Ausschluss nach § 1 Abs. 5 BauNVO: Die Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke, sind unzulässig.  
1.1.2 Ausschluss nach § 1 Abs. 6 Nr. 2 BauNVO: Die ausnahmsweise zulässigen Einrichtungen werden nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
- 2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG, HÖHENLAGE, HÖHE BAULICHER ANLAGEN**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 BauGB, §§ 16, 17 u. 18 BauNVO
- 2.1 Entsprechend dem Planeintrag in der Planzeichnung
- 3. HÖHENLAGE UND HÖHE BAULICHER ANLAGEN**  
§ 9 Abs. 3 BauGB und § 16 Abs. 2 Nr. 4 i.V. mit § 16 BauNVO
- 3.1 Höhenlage der Gebäude:  
Erdgeschossfußbodenhöhe (EFH) entsprechend Planeintrag: Von den im Plan eingezeichneten Erdgeschossfußbodenhöhen kann bis zu 0,25 m nach oben oder unten abgewichen werden.  
Höhe der baulichen Anlage:  
Maximal zulässige Traufhöhe (TH) gemäß Planeintrag: Die Traufhöhe ist je der ausgeführten EFH bis zum Schnittpunkt von Außenwand mit Dachhaut zu messen.  
Maximal zulässige Firsthöhe (FH) gemäß Planeintrag: Die Firsthöhe ist von der ausgeführten EFH bis zur Oberkante des Firstziegels zu messen. Bei höhenversetzten Firsten ist die höher gelegene Firstlinie als Bezug zu wählen.  
Die festgesetzten Trauf- und Firsthöhen beziehen sich nicht auf die Traufen von Vorbauten und Giebeln, sofern sie nicht 50 % der Gebäudelänge überschreiten und nicht mehr als 1,5 m vor die Außenwand vortreten.
- 4. BAUWEISE**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 22 Abs. 2 BauNVO
- 4.1 Entsprechend dem Planeintrag in der Planzeichnung
- 5. STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
- 5.1 Die First- und Gebäudehauptrichtung ist nur parallel oder senkrecht zu den festgesetzten Baugrenzen zulässig.
- 6. FLÄCHEN FÜR GARAGEN UND ÜBERDACHTE STELLPLÄTZE**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und Nr. 22 BauGB, § 12 BauNVO
- 6.1 Garagen sowie überdachte Stellplätze sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen nur auf den festgesetzten Flächen für Garagen zulässig.



- 7. HÖCHSTZULÄSSIGE ZAHL DER WOHNUNGEN**  
§ 9 Abs. 6 BauGB
- 7.1 Die höchstzulässige Zahl der Wohnungen wird auf 2 WE je Einzelhaus begrenzt.
- 8. FLÄCHEN UND MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
- 8.1 PKW-Stellplätze und Garagenvorplätze, sind so anzulegen, dass eine Versickerungsfähigkeit der Niederschlagswasser gewährleistet ist.
- Hinweise:  
Es sollte eine Rückhaltung von Dachflächenwasser in Zisternen und die Regenwasser-nutzung auf den Baugrundstücken erfolgen.  
Zum Schutz der nachtaktiven Insekten sind Straßenlampen mit insektenchonender Beleuchtung (Natriumdampfiederdrucklampen) auszustatten. Außenbeleuchtungen sind auf das unbedingt erforderliche Mindestmaß zu beschränken. Private Dauerbeleuchtungen sind unzulässig.  
In den im zeichnerischen Teil festgesetzten Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (Ausgleichsflächen) werden folgende Maßnahmen festgesetzt:  
Maßnahmen in der Ausgleichsfläche 1:  
Auf der Fläche ist die vorhandene Vegetation zu erhalten und bei Verlust durch Einsatz mit einer landwirtschaftlichen Dauervegungsmischung wieder herzustellen. Vorhandene Obstbäume sind zu erhalten und durch weitere Obstbäume zu ergänzen.  
Hinweise:  
Die Wiesenfläche soll zweimal jährlich gemäht und das Mähgut abgeräumt werden. Düngung und Pestizideinsatz sollen unterbleiben.
- 9. VORKEHRUNGEN ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELT-EINWIRKUNGEN**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB
- 9.1 Für alle Außenbauteile, die zur L 1096 hin orientiert sind gilt ein resultierender Schalldämmmaß R<sub>w</sub> von 30dB(A). Fenster von Ruheräumen zur L 1096 sind mindestens mit Schallschutzklasse 2 (R<sub>w</sub> = 35dB(A)) auszustatten. In Ruheräumen sowie Aufenthaltsräumen mit Orientierung zur L 1096 sind schalldämmte Lüftungseinrichtungen oder eine Raumklimatisierung vorzusehen.  
Hinweise:  
Auf die Lärmquelle L 1096 sollte grundsätzlich durch eine schallquellenabgewandte Anordnung von Ruheräumen reagiert werden.
- 10. ANPFLANZUNGEN UND ERHALTUNGEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und b BauGB
- 10.1 Bei punktuellen Pflanzgeboten für Einzelbäume gemäß Planeintrag sind standort-gerechte, hochstämmige Laubbäume zu pflanzen, dauerhaft zu unterhalten und bei Abgang artgleich zu ersetzen. Vom eingetragenen Standort sind auf Baugrundstücken Abweichungen bis zu 3 m zulässig.  
Die Pflanzgrünflächen unter den Baumstandorten sind mit niedrig wachsenden, einheimischen Bodendeckern zu bepflanzen.  
Mindestens 10 % der Baugrundfläche sind mit standortheimischen Sträuchern zu bepflanzen, dabei ist je Strauch 2,0 m<sup>2</sup> Pflanzfläche anzunehmen. Die Pflanzstandorte sind den Pflanzlisten unter IV. zu entnehmen.  
Pro Baugrundstück ist die Anpflanzung mind. eines mittel- bis großkronigen Obstbaumes oder heimischen Laubbäumens vorzunehmen. Dabei soll eine Schwerpunktbildung in den hinteren Grundstücksbereichen bzw. am Außenrand des Quartiers stattfinden, um eine ökologische bzw. landschaftseindeutige Wirkung zu erzielen. Punktuelle Festsetzungen sind vorrangig zu berücksichtigen.  
In den Flächen zur Erhaltung von Bäumen und Sträuchern sind die vorhandenen Bäume und Sträucher dauerhaft zu erhalten und bei Abgang durch neue gleichwertig zu ersetzen.  
Sofern Festsetzungen nach Ziff. 9. und 10. Auf dem Baugrundstück zu beachten sind, ist in den Baugesuchsunterlagen die entsprechende Bepflanzung oder Pflanzenerhaltung in den Planunterlagen nachzuweisen.  
Hinweise:  
Die Bepflanzung der Grundstücke ist mit der Bebauung zu vollziehen und sollte spätestens 2 Jahre nach dem Gebäudebezug abgeschlossen sein.
- 11. ABGRENZUNG VON STRASSENFLÄCHEN DURCH HINTERBETON**  
§ 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB
- 11.1 Die zur Herstellung des Straßenkörpers notwendigen unterirdischen Stützbauewerke (Hinterbeton) sind bis max. 0,15 m Breite und max. 0,3 m Tiefe entlang den Grenzen der Verkehrsfläche gemäß DIN 18 915 „Bodenarbeiten“ wirkungsvoll zu lockern. Es sind geeignete Schutzmaßnahmen gegen Schadstoffeinträge in Boden und Grundwasser zu ergreifen.

II. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN NACH § 74 LBO

- 1. ÄUSSERE GESTALTUNG DER BAULICHEN ANLAGEN**  
§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO
- 1.1 Dachformen.  
Es sind nur Satteldächer oder höhenversetzte Satteldächer zulässig. Für Garagen sind auf seinem Grundstück begründete Flachdächer zulässig.  
1.2 Dachneigung.  
Die Dachneigung wird auf 25° - 35° begrenzt. Für Garagen sind Dachneigungen ab 15° und extensiv begründete Flachdächer zulässig.

- 1.3 Dachdeckung.  
Zur Dachdeckung geeigneter Dächer sind Dachziegel oder Dachsteine in den Farbtönen ziegelrot, rotbraun, rot bis rotbraun, dunkelbraun, dunkelgrau und anthrazit zu verwenden.  
Die Verwendung der Dächer zur aktiven Nutzung der Sonnenenergie ist allgemein zulässig.  
1.4 Fassaden.  
Glatte und glänzende, sowie extrem dunkle Farbtöne und Materialien sowie Metallfassaden, mit Ausnahme von Solar Kollektoren, sind nicht zulässig.  
1.5 Dachgauben.  
Dachgauben sind erst ab einer Dachneigung des Hauptdaches von mindestens 30° zulässig.  
Dachgauben dürfen 2/3 der Gebäudelänge nicht überschreiten, die Summe der Dachgauben muss vom Ortsgang einen Mindestabstand von jeweils 1,0 m einhalten.  
Es sind nur Schlepp- und Satteldachgauben mit einer Dachneigung von 15° - 35° zulässig.

- 2. WERBEANLAGEN**  
§ 74 Abs. 1 Nr. 2 LBO
- 2.1 Beleuchtete Werbeanlagen und Werbeanlagen für Fremdwerbungen sind unzulässig.
- 3. EINFRIEDIGUNGEN, GESTALTUNG UNBEBAUTER FLÄCHEN**  
§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO
- 3.1 Einfriedigungen dürfen entlang von Verkehrsflächen eine Höhe von 1,00 m über Straßen-höhe nicht überschreiten. Sockelmauern dürfen eine Höhe von 0,30 m nicht überschreiten.  
Als Einfriedigung werden nur Hecken und offene Zäune in Form von Holz- oder Maschen-draht zugelassen.  
4. GELÄNDEVERÄNDERUNGEN  
§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO  
4.1 Aufschüttungen und Abgrabungen gegenüber dem natürlichen Gelände sind nur bis zu einer maximalen Höhe von 1,50 m zulässig.
- 5. NIEDERSpanNUNGSFREILEITUNGEN**  
§ 74 Abs. 1 Nr. 5 LBO
- 5.1 Niederspannungsfreileitungen im Baugebiet sind unzulässig.
- 6. STELLPLATZVERPFLICHTUNG FÜR WOHNUNGEN**  
§ 74 Abs. 2 Nr. 2 LBO
- 6.1 Die Stellplatzverpflichtung für Wohnungen (§ 37 Abs. 1 LBO) wird für Wohnungen über 45 m<sup>2</sup> Grundfläche auf 2,0 Kfz-Stellplätze pro Wohnung erhöht.

III. HINWEISE

1. **Denkmalschutz und Archäologie:**  
Sollten im Plangebiet Funde auftreten, von denen anzunehmen ist, dass an ihrer Erhaltung aus wissenschaftlichen Gründen ein öffentliches Interesse besteht, ist dies unverzüglich der Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde zu melden. (§ 20 DSchG).
2. **Grundwasserfreilegung:**  
Maßnahmen, bei denen aufgrund der Tiefe des Eingriffs in den Untergrund mit Grundwasserfreilegungen gerechnet werden muss, sind der unteren Wasserbehörde rechtzeitig vor Ausführung anzuzeigen.  
Wird im Zuge von Baumaßnahmen unerwartet Grundwasser erschlossen, so sind die Arbeiten, die zur Erschließung geführt haben, unverzüglich einzustellen und das Land-ratsamt als untere Wasserbehörde zu benachrichtigen (§ 37 Abs. 4 WG). Eine ständige Grundwasserableitung in die Kanalisation oder in ein Oberflächengewässer ist unzulässig.
3. **Umgang mit Mutterboden:**  
Mutterboden, der bei der Errichtung und der Änderung der baulichen Anlagen sowie wesentlicher Veränderungen der Erdoberfläche ausgehoben wird, ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und wieder zu verwenden. Er darf lediglich zur Rekultivierungs- und Bodenverbesserungszwecken verwendet werden. (§ 202 BauGB)
4. **Umgang mit Oberboden:**  
Der Oberboden ist bei allen Baumaßnahmen nach sachgerechter Zwischenlagerung der Wiederverwendung zuzuführen. Verdichtete Bodenbereiche sind nach Abschluss der Baumaßnahme gemäß DIN 18 915 „Bodenarbeiten“ wirkungsvoll zu lockern. Es sind geeignete Schutzmaßnahmen gegen Schadstoffeinträge in Boden und Grundwasser zu ergreifen.
5. **Duldungspflicht Abgrabungen und Aufschüttungen:**  
Die zur Herstellung des Straßenkörpers notwendigen Abgrabungen und Aufschüttungen gehen nicht in das Straßeneigentum über, sondern verbleiben zur ordnungsgemäßen Nutzung bei den angrenzenden Grundstücken und sind entschädigungslos zu dulden. Gemäß § 12 Abs. 5 StrG besteht keine Erwerbspflicht der Gemeinde.
6. **Duldungspflicht Straßenbeleuchtung, Kennzeichen und Hinweis-schilder:**  
Der Eigentümer hat das Anbringen von Haltevorrichtungen und Leitungen für Beleuchtungskörper der Straßenbeleuchtung einschließlich der Beleuchtungskörper und des Zubehörs sowie Kennzeichen und Hinweisschilder für Erschließungsanlagen auf seinem Grundstück zu dulden. Es erfolgt im Einzelfall eine vorherige Benachrichtigung.

7. **Auflasten:**  
Werden bei Erarbeiten erdremde Materialien bzw. verunreinigtes Aushubmaterial angetroffen, so ist dieser Aushub von unbelastetem Aushub zu trennen und gemäß § 7 Bodenschutzgesetz Baden-Württemberg und den §§ 1, 10 und 11 Kreislauf-wirtschafts- und Abfallgesetz zu verfahren. Dabei ist die betroffene Gemeinde und das zuständige Landratsamt umgehend über Art und Ausmaß der Verunreinigung zu benachrichtigen.  
Bei erheblichem Ausmaß sind die Arbeiten bis zur Klärung des weiteren Vorgehens vorläufig zu unterbrechen. Bezüglich des Entsorgungsweges und der Formalitäten gibt der zuständige Abfallentsorger Auskunft.
8. **Biotoschutz:**  
Das Biotop Nr. 1-6721-125-0586 „Gehölzbestände und Steinriegel im Gewann Bockelsteibaum“ ist nach § 32 NatSchG ein besonders geschütztes Biotop. Gemäß § 32 NatSchG sind alle Handlungen, die zu einer Zerstörung oder erheblicher oder nachhaltigen Beeinträchtigung der besonders geschützten Biotope führen können, verboten.

IV. PFLANZENAUSWAHLLISTE

Auf den Standorten und Flächen, auf denen Pflanzgebote festgelegt wurden, sind vorzugsweise die u.a. Pflanzensorten zu verwenden:

Kleinkronige Bäume (Höhe bis 15 m):			
Acer campestre	Feldahorn	Sorbus terminalis	Eisbeere
Prunus domestica	Zwetschge	Sorbus domestica	Speierling
Großkronige Bäume (Höhe über 15 m):			
Acer platanoides (in Sorten)	Spitzahorn	Carpinus betulus	Hainbuche
Acer pseudoplatanus (in Sorten)	Bergahorn	Fraxinus excelsior	Esche
		Quercus robur	Sieleiche
		Tilia cordata	Winterlinde
Obstgehölze			
Apfel	„Jakob Fischer“	Kirschen	„Knorpelkirsche“
	„Brettacher“		„Große schwarze Kirsche“
	„Zabergäu-Renette“		„Hedelfinger Kirsche“
	„Boskoop“		
	„Häckerapfel“		
Birnen	„Goldparmäne“	Zwetschgen	„Bühler Frühzwetschge“
	„Göteborg“		„Wangenheimer Früh-zwetschge“
	„Bismarck“		„Echte Spätzwetschge“
Sträucher	„Schweizer Wasserbirne“	Walnuß	
	„Oberösterreichische Weinbirne“	Wildobst	Holzapfel
	„Palminisbirne“		Wildbirne
	„Gelbmösl“		
	„Stuttgarter Geißhölzle“		
Acer campestre	Feldahorn	Rosa canina	Hundsrose
	Carpinus betulus	Rosa rubiginosa	Schottische Zaunrose
	Cornus sanguinea		Kreuzdorn
	Corylus avellana	Rhamnus cathartica	
	Eucornus europaeus	Ribes rubrum	
	Ligustrum vulgare	uva-crispa	Johannisbeere
	Prunus spinosa	Rubus fruticosus	Brombeere
		Sambucus nigra	Schwarzer Holunder
		Viburnum opulus	Gemeiner Schneeball

Herkunftsgebiet für Pflanzgut soll in der Regel das Süddeutsche Hügel- und Bergland sein.



**INGENIEURBÜRO FÜR KOMMUNALPLANUNG**  
Dipl.-Ing. (FH) Gerhard Leblum  
Dipl.-Ing. (FH) Gerhard Schmidt  
Beratende Ingenieure

**KOMMUNALPLANUNG**  
Dipl.-Ing. (FH) Dirk Lysak  
Dipl.-Ing. (FH) Dirk Lysak  
Freier Stadtplaner

**ifk**

Elisenbühlstraße 24, 74621 Mosbach  
Tel. 06261 / 9200-0 Fax 06261 / 19831  
E-Mail: ifk.mosbach@online.de

Projekt:  
bearbeitet: 11.12.2007  
gezeichnet: 11.12.2007

Zeichen:  
Lys  
Hof

Arbeitsplan:  
Anlage  
Fertigung  
Projekt Nr. 1987

2

Stadt: Neudenau  
Stadtteil: Herbolzheim  
Projekt: Bebauungsplan  
Plan: Lageplan  
Maßstab: 1 : 500

Die Gemeinde:  
Neudenau, den  
Der Bürgermeister